



Ressort Wirtschaft. Zukunft gemeinsam gestalten. [Seite 20](#)



Businessstag 2009. Zweites Wirtschaftsforum für Frauen im Rheintal. [Seite 23](#)

Wahlen 2009.

Wer vertritt das Gewerbe im neuen Landtag?

[Seite 7](#)

Der Schuh drückt wirklich...

Einerseits Lob für das Unternehmertum, andererseits immer neue Hürden.

Der Blick in die Zukunft fällt am Anfang dieses neuen Jahres kürzer aus. Die globale Finanzkrise, deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft noch nicht genau abgeschätzt werden können, verhindert Prognosen über einen längeren Zeitraum. Das gilt auch für unser Land, obwohl die Krise erst einzelne Unternehmen betroffen hat. Wenn vorsichtig-optimistische Prognosen gehört werden, so ist man froh, nicht immer nur etwas von Krise zu vernehmen. Wie soll aus einem Haufen Pessimismus etwas Positives entstehen?

Wer etwas länger zurückblicken kann auf unsere Wirtschaftsentwicklung, der weiss aus Erfahrung, dass bisher immer noch Mittel und Wege gefunden wurden, um Krisen zu überwinden und Neues zu entwickeln. Ganz besonders hervorgetan hat sich dabei unser Gewerbe, das sich als sehr anpassungsfähig, innovativ und optimistisch gegenüber den Herausforderungen der Zukunft erwies. Denken wir beispielsweise an die Ölkrise anfangs der 1970er Jahre. Damals standen viele Räder still, und Pessimisten glaubten schon die Rückkehr zur Steinzeit verkünden zu müssen. Auch viele Autoräder standen damals still – es gab die autofreien Sonntage, damit weniger Benzin und Diesel verbraucht wurde.

Das Gewerbe hat das Lob verdient, das Politiker immer wieder verteilen, wenn die Errungenschaften der gewerblichen Wirtschaft betrachtet werden. Oder wenn aufgelistet wird, wie viele kleine und mittlere Unternehmen in den letzten Jahren in unserem Land entstanden sind. Gut wäre es, wenn diese Politiker auch auf die andere Seite der Medaille schauen würden, nämlich dorthin, wo immer neue Hürden aufgebaut werden – meist begründet mit dem EWR-Beitritt und der Pflicht zur Übernahme von EU-Vorschriften.



In vielen Fällen bleiben die Diskussionen über bürokratische Behinderungen an der Oberfläche, was bedeutet, dass in der Regel nichts geschieht, um das Problem aus der Welt zu schaffen. Daher erwähne ich jetzt ein konkretes Beispiel, das aufzeigt, wie im Grundsatz gut gemeinte Vorschriften zu sinnlosen Hürden verkommen: Es geht um die Unterstellung der Autohändler unter die Sorgfaltspflicht unter die «Händler mit wertvollen Gütern». Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, obwohl der Begriff «wertvolle Güter» für einen alltäglichen Gebrauchsgegenstand etwas weit hergeholt ist.

Anlass für die Anwendung der Anti-Geldwäscherei-Vorschriften ist die Begründung, dass es sich bei Autos um hochwertige Güter handle, die in den Bereichen der Geldwäscherei, der organisierten Kriminalität und der Terrorismusfinanzierung durchaus Verwendung finden würden, um kriminelle Gelder über den Autohandel in den legalen Wirtschaftskreislauf einzuführen. Wenn einer mit dunkler Sonnenbrille und viel Gold an Zähnen und Armgelenken eine Flotte von Ferraris bestellt und

gleich auch noch bar bezahlen möchte, habe ich Verständnis dafür, dass man sich die Sache näher anschaut. Aber wenn ein Familienvater in regelmässigen Abständen seinen Golf gegen eine neuere Version eintauscht, dann habe ich Mühe, wenn damit bis zum Beweis des Gegenteils der Vorwurf der möglichen Geldwäscherei im Raum stehen bleibt. Oder wenn ein Gewerbler beschliesst, seinen Landrover nach einem Dutzend Dienstjahren und nach Fahrten auf fast allen Baustellen in unserem Land zu ersetzen, kommt doch wohl ausser einem Bürokraten niemanden in den Sinn, hier könnte Geldwäscherei im Spiel sein.

Was ich damit sagen möchte: Es macht wenig Sinn, alles über den gleichen Leisten zu schlagen. Gerade wir in unserem kleinen Land mit überschaubaren Verhältnissen hätten es in der Hand, etwas differenziert vorzugehen. Wenn man bedenkt, dass pro Jahr rund 2000 Autos gekauft werden und die meisten Autokäufer dem Autohändler persönlich bekannt sind, dann muss man sich fragen, wieso die Bürokratie wegen Geldwäscherei wuchert. Aber das sind nicht die einzigen Klagen, wo der Schuh die Gewerbler drückt, wenn sie mit der FMA zu tun haben – mit der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein, die für viele schon jetzt zu einem Wasserkopf angewachsen ist.

Am Schluss noch etwas Positives: Es tut sich was, denn die Untersuchung «Wo drückt der Schuh?» ist abgeschlossen. Jetzt werden im neuen Jahr sicher Taten folgen.

Noldi Matt
Präsident der Wirtschaftskammer

Impressum

unternehmer.

publikation der wirtschaftskammer
liechtenstein
Erscheint 10-mal jährlich
Auflage 4'700 Ex.
3. Jahrgang, Nr. 21., Januar 2009

Herausgeber
wirtschaftskammer liechtenstein für
gewerbe, handel und dienstleistung,
Jürgen Nigg
Zollstrasse 23, 9494 Schaan,
Liechtenstein

Telefon +423 237 77 88
Fax +423 237 77 89
E-Mail info@wirtschaftskammer.li
www.wirtschaftskammer.li

Redaktionelle Leitung
Isabell Schädler
Telefon +423 237 77 81
Fax +423 237 77 89
i.schaedler@wirtschaftskammer.li

Satz, Layout und Druck
BVD Druck+Verlag AG, 9494 Schaan

Grafisches Konzept
Atelier Silvia Ruppen, 9490 Vaduz

Anzeigen
Medienagentur Gstöhl Anstalt
Gustav Gstöhl
Essanestrasse 93
FL-9492 Eschen
Telefon +423 375 08 80
Fax +423 375 08 99
gug@medienagentur-gstoehl.ch

Titelbild
Landtagssekretariat

Bildnachweis
Wirtschaftskammer Liechtenstein

Versand
Liechtensteinische Post AG

Abonnement
Das Jahresabo «unternehmer»
kostet CHF 50.– inkl. Versand

Wahlen

Wahlen 2009 **7**

Serie

Im Dienste für die Einwohner –
Bürgermeister Ewald Ospelt über Vaduz
als Mitglied der Wirtschaftskammer. **16**

Recht, Gesetz

Die fristlose Kündigung durch den Arbeitgeber **19**

Ressort Wirtschaft

Zukunft gemeinsam gestalten **20**

Businessstag

Eveline Widmer-Schlumpf am Businessstag –
Das zweite Wirtschaftsforum für Frauen im Rheintal
glänzt mit hochkarätigen Referentinnen. **23**

Sozialversicherung

Sozialversicherungsbeiträge 2009 **25**

Bildung

Kursangebot Frühling 2009 – Eine Kooperation
zwischen dem Beruflichen Weiterbildungsinstitut im
Fürstentum Liechtenstein und der Erwachsenen-
bildung Stein Egerta. **27**

Info

Wirtschaftskrise? Das war mal! **29**

Publikationen

Öffentliche Arbeitsvergaben **31**

Wahlen 2009

Wer vertritt das Gewerbe im neuen Landtag?

Am 6. und 8. Februar finden in Liechtenstein die Landtagswahlen für die Legislaturperiode 2009–2013 statt. Die Parteien haben ihre Kandidaten schon vor längerer Zeit nominiert und ihr Wahlprogramm vorgestellt. Grund genug für den **unter-**

nehmer. die Nominierten genauer unter die Lupe zu nehmen. Über die Parteigrenze hinweg haben wir verschiedene Kandidaten und eine Kandidatin, welche im gewerblichen Sektor tätig sind, über ihre politischen Ziele ausgefragt und wie sie die Zukunft der gewerblichen Wirtschaft in Liechtenstein sehen.

Die interessanten Statements können Sie auf den nachfolgenden Seiten lesen. Nutzen auch Sie an den kommenden Landtagswahlen die Chance und bestimmen Sie mit, wer zukünftig das liechtensteinische Gewerbe im neuen Landtag vertreten wird.



Batliner Manfred, FBP

Manfred Batliner ist Inhaber der Unternehmer-Zentrum AG in Eschen und mit Betriebsansiedlungen, Firmenaufbau

und Buchhaltungen beschäftigt. Seit 2006 ist er FBP-Parteivizepräsident Unterland.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Meine Beziehung zur Wirtschaftskammer ist aufgrund meiner 14-jährigen Tätigkeit bei der damaligen Gewerbe- und Wirtschaftskammer selbstredend. Als Unternehmer wie auch nebenberuflicher Geschäftsführer der Rheintalischen Grenzgemeinschaft leitet mich das Wirtschaften, das Zusammenführen und das Langfristige. Meine Haltung basiert auf Fördern und Einfordern. Staatliche Interventionen sind kritisch zu hinterfragen. Der Staat soll die hochheitlichen Leistungen erbringen. Delegierbare Aufgaben sind der Privatwirtschaft zu überlassen. Der Staat fördert die Eigenverantwortung basierend auf Ausbildung und Beruf. Insbesondere unterstützt er einen Lehrstellenverbund, welcher Jugendliche persönlich und schulisch fördert. Der Verbund ermöglicht Kleinunternehmer neue Lehrstellen anzubieten und wirkt der Jugendarbeitslosigkeit entgegen. Der Schutz der Privatsphäre ist ein hohes Gut. Nur wenige Länder bieten ähnliche Qualitäten an Sicherheit, Wohn- und Lebensraum, zuverlässigen Mitarbeiter

und Unternehmen – der wertschätzende Standortvorteil Liechtensteins. Der Lebens- und Arbeitsraum ist in seinen Bedürfnissen zu optimieren. Wohnquartiere sind zu entlasten und Industriegebiete direkt zu erschliessen. Energiesparen und modernes Mobilitätsmanagement ist zu fördern.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Jede Medaille hat zwei Seiten: So können Krisen Zeit bieten, um sich fachlich und persönlich weiterzubilden. Staat und Gemeinden haben die Aufgaben langfristig geplante Projekte vorzuziehen. Wirtschaftshindernde Reglementierungen sind erneut auf Effizienz zu prüfen und schlussendlich ist auch unsere Einstellung «Optimismus – trotz Finanzkrise» - wie ihn Präsident Arnold Matt propagiert - entscheidend für die Zukunft.



Beck Doris, VU

Sie ist gelernte Wirtschaftsinformatikerin und verfügt über einen MBA-Abschluss der Hochschule St. Gallen mit Schwerpunkt Business Engineering. Beruflich ist

sie als selbständige Unternehmerin im Bereich Unternehmensanalysen und Veränderungsprojekte tätig. Doris Beck ist Sprecherin der VU-Landtagsfraktion und seit 2001 Mitglied des VU-Präsidiums.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Politik soll keine Einseitigkeit auf Wirtschaftsthemen oder nur auf Sozialpolitische Themen, sondern die Ausgewogenheit der Dinge anstreben. Mit der politischen Arbeit gestalten wir unseren Lebensraum, Lebensstil, Gesellschaftsnormen, damit auch unsere Wertehaltung, Wirtschaftssegmente und Arbeitsmodelle für uns alle in Liechtenstein, Männer, Frauen und Kinder.

Wichtig ist, dass Männer und Frauen diese Zukunftsgestaltung gemeinsam wahrnehmen, gemeinsam eine Gesellschaft gestalten, in der auch alle langfristig ihren Platz finden können.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nimmt Veränderungen vorausschauend wahr und stellt sich rechtzeitig darauf ein und stellt die Weichen. Wirtschaftspolitik unterstützt die Vielfältigkeit der Volkswirtschaft. Wirtschaftspolitik ist Standortpolitik und folglich eine politische Daueraufgabe.

Zur Unterstützung eines innovativen, leistungsfähigen Gewerbes setze ich mich ein:

- für die Rahmenbedingungen und die Chancen für eine zukunftsorientierte Entwicklung auch im Kontext mit anderen Politikfelder wie insbesondere Bildung, Infrastruktur, Umwelt und Soziales.

- für tiefe Lohnnebenkosten für den Arbeitsmarkt Liechtenstein.
- für einen ungehinderten Marktzugang auf regionaler und internationaler Ebene.
- für gleich lange Spiesse aller Betriebe bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im liechtensteinischen Binnenmarkt.
- für den Abbau von administrativen Hürden, gerade für Klein- und Mittelunternehmen sowie Gewerbebetriebe.

Mehr denn je gilt in der jetzigen Zeit das Gemeinsame, dies bedeutet für mich: Ein konstruktives Miteinander zur Erreichung von Zielen und Lösungen, welche Liechtenstein für die Zukunftentwicklungsfähig machen.



Beck Jürgen, VU

Jürgen Beck ist Geschäftsführer und Mitinhaber der Max Beck AG in Vaduz, die Unternehmung beschäftigt 10 Mitarbeiter und ist in der Entsorgungsbranche tätig. Er ist seit Jahren im Vorstand des liechtensteinischen Transportgewerbes engagiert. Jürgen Beck ist seit 2005 Mitglied des Landtags und war von 1999 bis 2007 Gemeinderat von Vaduz.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Ich habe mich in den letzten 4 Jahren immer wieder für ein starkes Gewerbe eingesetzt und versucht entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Das werde ich natürlich auch in Zukunft weiterhin tun. Wichtig erscheint mir, dass der Staat dem Gewerbe die nötige Luft zum «Atmen» lässt. Was bedeutet das? Das heisst, dass die staatliche Gesetzesflut und die Tendenz zur Überreglementierung einzudämmen sind. Grundvoraussetzung für ein gesundes Gewerbe ist eine gewerbefreundliche und liberale Gesetzgebung. Es muss der Grundsatz gelten, dass Derjenige der bereit ist etwas zu leisten, auch dafür belohnt und nicht noch bestraft wird. Ein gesundes Gewerbe ist der Ga-

rant für einen funktionierenden Staat. Landtagsarbeit besteht allerdings nicht nur im Einsatz für das Gewerbe, nebst den allgegenwärtigen Tagesgeschäften werde ich mich weiterhin für eine fortschrittliche Bildungspolitik und eine vernünftige Ausländerpolitik einsetzen.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Die Krise, wenn sie nicht schon da ist, wird kommen, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Ich glaube, dass Krisen auch etwas Gutes haben, speziell Gewerbebetriebe haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass sie Krisen sehr gut meistern können. Gewerbebetriebe sind in der Regel auch sehr sozial eingestellt und bieten damit den Beschäftigten eine gewisse Sicherheit, die sie an anderen Orten nicht immer bekommen. Kurzum das Gewerbe wird wieder wichtiger für den Staat werden und somit auch mehr Beachtung finden. Und genau diese Erkenntnis brauchen wir, dann können wir der öffentlichen Hand erklären, dass man antizyklisch investieren und öffentliche Ausschreibungen so gestalten muss, dass liechtensteinische Betriebe eine gerechte Chance haben.



Gopp Rainer, FBP

Rainer Gopp ist Geschäftsführer der sindus ag in Vaduz und betreut UnternehmerInnen in Zeiten der Veränderung (z.B. Unternehmensnachfolgen). Weiters ist er Partner bei der Firma sano, die vor allem im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagement tätig ist.

Welches sind ihre politischen Ziele?

In Zeiten wie diesen geht es für mich vor allem darum, wie wir unseren Nachkommen eine möglichst attraktive Zukunft gewährleisten können. Werte wie Gesundheit und Zusammenhalt werden – so hoffe

ich zumindest – wieder verstärkt in den Mittelpunkt rücken. Herausforderungen wie der demographische Wandel (mehr ältere Mitbürger) werden unsere Gesellschaft und die Unternehmen beschäftigen. Eine breit ausgerichtete Wirtschaft mit Förderung von Forschung und Entwicklung ist mir ein zentrales Anliegen. Damit dies möglichst ist, wird auch weiterhin ein ausgezeichnetes Gewerbe wichtig sein. Bereits Schüler sollten für gewerbliche Berufe motiviert und Betriebe in der Ausbildung der Lehrlinge unterstützt werden. Für mich sind zudem auch Umwelt, alternative Energiegewinnung und das Modell der Familie ein Teil einer zukunftsorientierten Politik. Für diese Punkte werde ich mich einsetzen.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Es wäre naiv zu glauben, dass das Gewerbe die Schwächung unseres Finanzplatzes nicht spüre – dazu kommt die weltweite Krise. Hier kann nun der Staat antizyklisch handeln und investieren. Das Gewerbe bekommt somit u.a. wertvolle Arbeit mit öffentlichen Aufträgen und kann Arbeitsplätze sichern. Wenn wir zudem gute Rahmenbedingungen für Zukunftsbranchen schaffen, sind auch innovative Gewerbetreibende ganz vorne mit im Boot und werden ebenfalls davon profitieren. Alternative Energiegewinnung ist hier als ein Beispiel zu nennen. Weiters wird ein regionaler Wirtschaftsverkehr ohne Hindernisse verhandelt werden müssen.



Kaiser Johannes, FBP

Johannes Kaiser ist Mitinhaber des Medienbüros Oehri & Kaiser. Er ist überzeugt, dass eine leistungsstarke Wirtschaft, eine solide Arbeitsplatzsicherung, eine vorausschauende Jugend-,

Wahlen.

Familien- und Sozialpolitik den Nährboden für ein zufriedenes sowie gedeihliches Gesellschaftsleben bilden.

Wie beurteilen Sie die derzeitige Wirtschaftssituation?

Es fegt derzeit ein rauer Wirtschaftswind, der insbesondere auch das Gewerbe zu spüren bekommt. Die derzeitige Weltwirtschaftslage mit der Finanzkrise zeigt ungeschminkt auf, wie vernetzt wir sind und wie die Systematik der Globalisierung spielt. Diese Vernetzung widerspiegelt sich auch im Arbeitsmarkt des Gewerbes.

Welche Ziele erachten Sie als wichtig?

Eine solide und zielorientierte Wirtschaftspolitik bildet die Basis für ein «wirtschaftliches Liechtenstein», das den Gewerbetreibenden in unserem Land auch in Zukunft eine gute Grundlage bietet. Gerade für die künftigen Generationen ist es wichtig, dass der Wirtschaftsstandort Liechtenstein attraktive Rahmenbedingungen aufweist. KMU bilden einen grossen Teil unseres Wirtschaftsstandortes. Einerseits heisst dies, dass wir für die liechtensteinschen Unternehmen nach innen nicht mit Bürokratie das Leben schwer machen und andererseits gilt es nach aussen die besten Optionen Richtung Europa und die anderen Wirtschaftsräume offen zu halten sowie zu festigen.

Was heisst dies konkret für Liechtenstein?

Die rasanten Veränderungen in unserer Gesellschaft bedingen ein hohes Mass an Innovationskraft und Flexibilität. Der Aus- und Weiterbildung kommt in Zukunft eine noch stärkere Bedeutung zu. Sie ist der einzige Rohstoff, der uns zu einer dauerhaften Gesellschaftsentwicklung zur Verfügung steht. In diesem Sinne ist insbesondere die Eigenverantwortung jedes Einzelnen in vielerlei Hinsicht zu stärken. Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang - und hier kann die Politik einen zentralen Beitrag leisten - dass dem Aus-

bau weiterer guter Rahmenbedingungen nicht nur besonderes Augenmerk geschenkt, sondern im Austausch mit den KMU daran konkret gearbeitet wird.



Kindle Elmar, FBP

Elmar Kindle ist Mitinhaber und Geschäftsführer des Ingenieurbüros Hoch & Gassner AG in Triesen. Er ist seit 1997 Mitglied des Landtages.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Die Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft durch gute Rahmenbedingungen: Wir müssen Ausbildungsplätze schaffen für Jugendliche, denn wenn der gut ausgebildete Nachwuchs fehlt, kann sich das Gewerbe nicht entwickeln. Um ein wettbewerbsfähiges Gewerbe zu erhalten, braucht es das Zusammenspiel aller Wirtschaftssektoren. Nur wenn wir einen diversifizierten Wirtschaftsplatz haben, mit einem international ausgerichteten Finanz- und Industriesektor sowie einem lokal und regional gut positionierten Gewerbe, lassen sich konjunkturelle Probleme bewältigen. Überdies dürfen wir unseren Blick nicht nur auf den Raum zwischen Balzers und Ruggell richten, sondern müssen die Region als Wirtschaftsraum betrachten und die sich bietenden Chancen wahrnehmen.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Alle reden von Krise, auch jene, die von der Krise gar nicht oder noch nicht betroffen sind. Es ist zu erwarten, dass die Finanzkrise auch den Produktionssektor in Mitleidenschaft zieht. Ein Stillstand wird deswegen nicht eintreten, denn die Grundbedürfnisse der Menschen müssen weiterhin befriedigt werden. Aber es könnte zu einer Abschwächung führen, womit sich das Wachstum der Wirtschaft in gemässigeren Bahnen bewegen

würde, was grundsätzlich gar nicht so schlecht wäre. Wir müssen den Blick nach vorne richten, die sich bietenden Chancen erkennen und danach handeln. Jede Krise bietet nämlich auch Chancen. In Bezug auf das einheimische Gewerbe, das seit längerer Zeit unter einem hohen Preisdruck steht, wäre ein Umdenken notwendig: Anerkennung der Qualität in Produktion und Dienstleistung, die von der gewerblichen Wirtschaft geboten wird – und nicht ein weiteres Drehen an der Preisschraube nach unten.



Lampert Peter, FBP

Peter Lampert ist Plattenleger und Inhaber des Vaduzer Unternehmens Peter Lampert AG. Er wurde erstmals 2001 in den Landtag gewählt und gehört dem Parlament seit zwei Legislaturperioden an.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Eine gut funktionierende Wirtschaft, die breit diversifiziert ist, bildet die Basis für unsere Lebensqualität und den Wohlstand in unserem Land. Wenn wir unseren Lebensstandard erhalten wollen, müssen wir optimale Voraussetzungen schaffen, damit sich das Gewerbe, die Industrie und die Dienstleistungen weiterentwickeln können. In einer Situation, in der die Wachstumsraten zurückgehen und Unternehmen gefährdet sind, ist es besonders wichtig, dass wir den sozialen Frieden sichern können. Zu dieser Sicherung braucht es den Abschluss von ausgewogenen Gesamtarbeitsverträgen, welche die Bedürfnisse beider Vertragsseiten angemessen berücksichtigen.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Wichtig sind die Rahmenbedingungen, die so ausgestaltet sein müssen, dass die Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt. Das

Wahlen.

gilt für das Gewerbe ebenso wie für die industriellen Unternehmen und den Finanzplatz. Ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe setzt gut ausgebildete Berufsleute voraus. Die Nachfrage von guten und sehr guten Schülern nach Lehrstellen im Gewerbe hat in den letzten Jahren stetig abgenommen. Aber auch in den gewerblichen Berufen braucht es qualitativ sehr gut ausgebildete Berufsleute. Kleine und mittlere Unternehmen sollten sich zu einem Lehrlingsverbund zusammenschließen, um gemeinsam die Ausbildung von motivierten Lehrlingen zu übernehmen. Sehr wichtig sind auch Gesamtarbeitsverträge, weil sie einen Schutz vor Lohndumping und vor der Verzerrung der Wettbewerbssituation bieten.



Meier Gerald, VU

Gerald Meier ist als Informatikunternehmer und Immobilienverwalter tätig. Er engagiert sich politisch als Vorsitzender der VU-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Als «Mittelständler» plädiere ich für weniger Bürokratie, denn zu viel davon verhindert ein gesundes Wachstum und senkt die Konkurrenzfähigkeit. Die Transparenz soll jedoch nicht darunter leiden. KMU's müssen sich auf ihr «Core-Business» konzentrieren können, denn aus diesem Bereich kommt ein Grossteil der Innovationen. Der Staat sollte dafür sorgen, dass unser Gewerbe gute, schlanke Rahmenbedingungen hat und er soll koordinierend bestehen.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Meine Erfahrungen aus der ITK-Branche zeigen, dass uns neue Technologien und die Globalisierung immer mehr Veränderungen in kürzeren Abständen bringen.

Wir dürfen nicht zuwarten, bis wir reagieren müssen, sondern wir sollten gemeinsam die Vorteile unseres kleinen Staates pro-aktiv einsetzen, um die für uns wichtigen Veränderungen zu erkennen, die Chancen zu nutzen und die entsprechenden Regeln zum Vorteil Liechtensteins zu setzen. Gemeinsam mit den verschiedenen Verbänden und dem Gewerbe müssen Szenarien durchgespielt und Strategien entwickelt werden. Die neu entstandenen Rahmenbedingungen und Änderungen müssen schnellstens klar nach aussen kommuniziert werden, damit wieder vermehrt in unserem Land investiert wird. Generell ist eine zentrale, periodische Kommunikation von Wirtschafts-News anzustreben. Die Aussenbeziehungen (Lobbying) sind vermehrt zu aktivieren, denn wir haben ein grosses Interesse daran, in den für uns wichtigen internationalen Gremien aktiv vertreten zu sein.



Oehri Dominik, VU

Er ist Inhaber eines im Energiebereich tätigen Unternehmens und Geschäftsführer eines Haustechnikplanungsbüros mit vier Mitarbeitern.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Ich habe mich politisch sowohl auf Gemeindeebene als auch auf Landesebene immer interessiert. Ebenfalls habe ich die Weltpolitik stets mit Interesse verfolgt. Selbst war ich aber nie politisch tätig. Ich bin somit ein politischer Quereinsteiger und kein politisches Schwergewicht. So müsste ich mich im Falle einer Wahl sukzessive in die verschiedenen Themen einarbeiten. Aber von meinem beruflichen Werdegang her ist mir die Thematik Umwelt und Energie, der ganze Baubereich, Verkehrsfragen, Themen im Zusammenhang mit dem Gewerbe und Unternehmertum, also Fragen im Zusammenhang mit der Wirtschaft am Nächsten und ein grosses Anliegen. Von meiner Freizeitbe-

schäftigung her liegt mir Kultur, das Vereinswesen, die Freizeit und die Ehrenamtlichkeit wie auch die Jugend sehr am Herzen.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Zum Ersten scheint es mir wichtig zu sein, dass wir nicht mit zusätzlichem Schlechreden und Negativdenken die ganze Situation noch verschärfen. Eine positive und optimistische Haltung von vielen und besser noch von allen, sei dies auf politischer als auch von unternehmerischer und privater Seite ist gerade jetzt wichtig. Eine positive Haltung potenziert sich und gibt eine positive Spirale; das Gegenteil leider auch. In diesem Sinne ist es wichtig, dass gerade jetzt die öffentliche Hand antizyklisch handelt und investiert und so den einheimischen Unternehmern eine möglichst gute Auftragslage schafft. Zusätzlich sollte die öffentliche Hand in zukunftsträchtige Technologien investieren und diese ankurbeln. Die Energietechnologie ist hier selbstverständlich ein gutes Beispiel, das mit dem neuen Energieeffizienzgesetz eine gute Entwicklung erfahren hat. In diesem Bereich gilt es weiterzufahren und das heimische Gewerbe muss hier den Ball aufnehmen und mit innovativen Produkten und Dienstleistungen auf diesen offenen Markt reagieren.



Risch Patrick, FL

Patrick Risch, Informatiker und Buchhändler aus Schellenberg. Er kandidiert erstmals für den Landtag. Politisch sehe ich mich beim Sozialen, Wirtschaft und Klima.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Vorrangiges Ziel ist eine Klimapolitik mit klar definierten Zielen, mit einer sicheren, ökologisch vertretbaren Energieversorgung. Unser gutes Sozialsystem muss für die

Zukunft gesichert werden. Die Sozialwerke (AHV, IV, Krankenkassen, etc.) müssen geprüft und neu überdacht werden, um sie finanziell auf eine soziale Basis zu stellen. Sie müssen den demografischen Änderungen (Stichwort: Überalterung), wie auch dem geänderten Arbeitsverhalten (Stichwort: Teilzeit) gerecht werden. Eine Abkehr von der Politik des «sozialen Netzes» zum «sozialen Trampolin» ist ebenso nötig. Das soziale Netz in Liechtenstein muss als Sprungbrett zurück in den normalen Alltag dienen.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Ich denke wir dürfen nicht von Krise reden, sondern von einer Herausforderung. Ein erstklassiges Bildungssystem, vor allem auch für gewerbliche Berufe. Wir brauchen landesweit drei Standorte für das Gewerbe - mit einer guten bezahlbaren Infrastruktur. Somit können ausgezeichnete gewerbliche Dienstleistungszentren entstehen. Ebenso benötigt der Handel attraktive Verkaufsflächen in den Dorfkernen. Für Kleinbetriebe muss ein Instrument geschaffen werden, damit bürokratische Abläufe auf ein absolutes Minimum reduziert werden.

Schädler Hilmar, FBP



Hilmar Schädler ist Geschäftsführer und Inhaber der Firma SM Technik AG in Nendeln. Als KMU-Unternehmer arbeitet Hilmar mit seinem Team für sämtliche grossen Industrieunternehmen in Liechtenstein.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Arbeit für alle und soziale Sicherheit stehen im Zentrum meiner Politik. Wir müssen nachhaltige Perspektiven entwickeln,

die langfristig die Zukunft unseres diversifizierten Wirtschaftsstandorts – Finanzplatz, Industrie und Gewerbe – sichern. Unsere Industrie und das warenproduzierende Gewerbe sind stark auf die ausländischen Märkte ausgerichtet. Ebenso der international vernetzte Finanzplatz. Eine Exportschwäche und ein stagnierender Finanzplatz wirken sich mittel- und längerfristig auch auf unser Gewerbe aus. Wir müssen deshalb unsere Kräfte bündeln, gemeinsam an einem Strick ziehen und mit den besten Köpfen eine nachhaltige Wirtschaftspolitik verfolgen.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Wir brauchen eine moderne Unternehmensbesteuerung mit einem einheitlichen Steuersatz, der positive Anreize für den Mittelstand sowie für tätige Unternehmen und für internationale Konzerne setzt. Wir müssen auch Anreize schaffen für Unternehmensgründungen. Der regionale Wirtschaftsverkehr muss ohne Hindernisse ablaufen, wobei sich unser Gewerbe auf die gleichen Rahmenbedingungen wie die Mitbewerber in der Region stützen kann. Damit das Gewerbe auch in Zukunft gute Lehrlinge ausbilden kann, braucht es eine zentrale Förderung der schulischen Betreuung in einem Lehrbetriebsverbund. Zudem müssen wir die Voraussetzungen schaffen, damit die Produktionswirtschaft auch in Zukunft hoch qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen kann.



Schädler Leander, VU

Leander Schädler ist gelernter Kaufmann und in Liechtenstein bestens durch sein Wein- und Spirituosen-Geschäft in Schaan bekannt. Er engagiert sich zudem aktiv bei der Wirtschaftskammer Liechten-

stein als Vorstandsmitglied sowie als Präsident der Sektion Handel.

Welches sind Ihre politischen Ziele?

Meine Schwerpunkte ergeben sich aus meiner Biografie. Als Vater und Grossvater interessiere ich mich für Familienpolitik. Daran sind verschiedene weitere Bereiche gekoppelt wie das Bildungswesen. Meine Hobbys übe ich in der freien Natur aus. Vernünftiger Umweltschutz ist ein wichtiges Thema für mich. Ich engagiere mich für die Wirtschaftskammer und da liegt es auf der Hand, dass den Anliegen des Gewerbes mein besonderes Augenmerk gilt.

Was ist zu tun, um in der vorausgesagten Krise ein innovatives, leistungsfähiges Gewerbe zu erhalten?

Erst mal kühlen Kopf bewahren. Gerade in der Krise ist es wichtig, sich an festgelegte Strategien zu halten. Es ist dringender denn je, seine Zielgruppen und Märkte klar zu definieren. Produkte und Dienstleistungen müssen in Qualität, Preis und Verfügbarkeit möglichst genau auf die Bedürfnisse der Kunden passen. Die Politik muss einen hervorragenden Unternehmensstandort und erstklassige Voraussetzungen für Aus- und Weiterbildung schaffen. Es braucht Grundlagen, damit das Wachstumspotenzial optimal ausgeschöpft werden kann. Zu einem hervorragenden Unternehmensstandort gehört unter anderem ein attraktives fiskalisches Klima. Zum Beispiel sollte ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt werden. Bei der Ausbildung sollte der Bezug zu Wirtschaft und Technik in den Grundschulen verstärkt werden. Es könnte etwa ein Profil «Gewerbewirtschaft» eingeführt werden. Damit das Gewerbe das Wachstumspotenzial optimal ausschöpfen kann, braucht es eine effiziente Verwaltung. Ämter sollen sich als Serviceanbieter für die Wirtschaft verstehen. Dazu ist ein Konzept zu schaffen in dem zum Beispiel Reaktionszeiten auf Anfragen zu definieren sind.

Im Dienste für die Einwohner

Bürgermeister Ewald Ospelt über Vaduz als Mitglied der Wirtschaftskammer.



Bürgermeister Ewald Ospelt

Der Vaduzer Bürgermeister Ewald Ospelt wurde am 28. Januar 2007 für eine vierjährige Mandatsperiode in sein Amt gewählt. Er kann schon auf eine längere politische Karriere zurückblicken, denn vor seiner Wahl zum Bürgermeister gehörte Ewald Ospelt bereits dem Vaduzer Gemeinderat während zwei Wahlperioden oder acht Jahren an, davon vier Jahre als Vize-Bürgermeister.

Seine Amtsführung ist von einem behutsamen Vorgehen gekennzeichnet. Im Rückblick auf das erste Amtsjahr hält Ewald Ospelt in der Gemeindebroschüre fest: «Beobachten – analysieren – handeln war meine Devise, keineswegs sollten Veränderungen um der Veränderung willen initiiert werden.»

Seine Lebensphilosophie

«Ich versuche die Dinge so zu nehmen, wie sie sind. Probleme werden pragmatisch angegangen und möglichst realitätsnah umzusetzen versucht.»

Seine Führungsphilosophie

«Seit meinem Amtsantritt integriere ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in diverse Entscheidungsprozesse. Die Kompetenzen liegen nicht nur zuoberst beim Bürgermeister, sondern auch bei den leitenden Angestellten. Aus dieser Grundhaltung ist es möglich, Aufgaben an die Mitarbeiter zu delegieren.»

Vaduz ist die erste Gemeinde des Landes, die Mitglied der Wirtschaftskammer wurde. Die Mitgliedschaft einer Gemeinde in einer Wirtschaftsorganisation mag überraschend erscheinen, doch kann eine Gemeinde durchaus einen Mehrwert gewinnen.

Bürgermeister Ewald Ospelt gibt im nachstehenden Interview einen Einblick in die Organisationsstruktur der Gemeinde Vaduz und findet einen Vergleich mit der Führung eines mittleren Unternehmens nicht abwegig. Auch eine Gemeinde ist

heute ein Unternehmen, das über eine stattliche Anzahl Personal verfügt.

Herr Bürgermeister, die Gemeinde Vaduz spielte eine Vorreiterrolle und trat als Mitglied der Wirtschaftskammer bei. Wo liegen die Vorteile und der Nutzen für eine Gemeinde?

Zwischen einer Gemeinde und der gewerblichen Wirtschaft gibt es eine Reihe von Berührungspunkten, wenn ich beispielsweise an die Investitionen denke, die im Hoch- und Tiefbaubereich jedes Jahr gemacht werden. Ausserdem werden die

Gemeinden bei der Erweiterung, Ansiedlung oder Eröffnung von gewerblichen Betrieben mit Anliegen des Gewerbes konfrontiert. Wenn Gemeinden nun Mitglied in der Wirtschaftskammer sind, so können gewerbliche Probleme dort besprochen und vielleicht auch gelöst werden.

Vaduz wird, wenn es um die Wirtschaftsstruktur geht, vor allem als Finanzplatz wahrgenommen. Verfügt die Gemeinde Vaduz auch über Gewerbebetriebe?

Vaduz ist sicherlich das Zentrum der Finanzdienstleistungen in unserem Land. Im Vergleich zu Schaan, das den wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Industrie hat, verfügt Vaduz nur über wenige klassische Industriebetriebe. Vielmehr ist das Gewerbe mit eher kleinen Unternehmen recht zahlreich vertreten, die vorwiegend in den beiden Gewerbebezonen tätig sind: Gegen Norden in Richtung Schaan an der Schaaner Strasse und in südlicher Richtung im Neugut an der Grenze zu Triesen. Das Gewerbe ist natürlich auch im Zentrum vertreten, mit Verkaufsgeschäften und mit der Gastronomie.

Können Gewerbebetriebe von Vergünstigungen profitieren, wenn sie sich in Vaduz ansiedeln wollen?

Die Gemeinde Vaduz betreibt keine aktive Ansiedlungspolitik. Das hat auch damit zu tun, weil kaum Bodenreserven vorhanden sind, auf denen sich Betriebe ansiedeln könnten. Die Gemeindegrundstücke in den Gewerbebezonen sind schon seit längerer Zeit im Baurecht vergeben worden. Der Aufbau von Gewerbebetrieben ist also nur noch im privaten Bereich möglich. Aber die Gemeinde ist bestrebt die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich gewerbliche Unternehmen entwickeln können.

Im Zentrum von Vaduz, so die Klagen, gibt es zu wenig Ladengeschäfte, wie es ein attraktives Städtchen brauchen würde. Wird die Gemeinde in dieser Beziehung aktiv?

Die «richtige» Mischung von Gastronomie und Ladengeschäften ist immer wieder ein Thema. Es sind Ideen vorhanden, was man im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Rathausplatzes und dessen Umgebung tun könnte. Geplant ist, einen Ideenwettbewerb durchzuführen, dessen Resultat aber erst umgesetzt werden kann, wenn das neue Verwaltungsgebäude durch die Gemeinde bezogen ist. Aber auch hier gilt, dass die Gemeinde nicht aktiv die Ansiedlung bestimmter Geschäfte betreibt, sondern die Rahmenbedingungen dafür schafft. Was sich dann ansiedelt, ist der Privatinitiative überlassen und dem freien Markt.

Das Amt des Bürgermeisters ist ein politisches Amt. Andererseits ist die Führung einer Gemeinde mit der Leitung eines Unternehmens vergleichbar – oder nicht?

Teilweise, was die Verwaltung betrifft. Aber die Organisation der Gemeinde ist im Gemeindegesetz festgelegt, das dem Bürgermeister den Gemeinderat als Entscheidungsorgan vorgeschaltet hat. Die Verwaltung richtet sich nach den vielen Bedürfnissen der Bevölkerung, die es zu befriedigen gilt: Da geht es beispielsweise um Kultur und Sport, um das Schulwesen mit Kindergärten und Primarschulen, um die Infrastruktur in den Gemeindestrassen, der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und vieles mehr. Das Unternehmen Gemeinde wächst, wenn die Bedürfnisse wachsen.

Die Gemeinden führen einen Werkhof und unterhalten einen Forstbetrieb. Hat man schon überlegt, dass solche Bereiche auch ausgelagert werden könnten?

Der Werkhof ist unter anderem für den Strassenunterhalt verantwortlich, wozu

auch die Putzkolonnen gehören, die jeden Morgen früh das Städtle reinigt, damit Vaduz für die Besucher einen sauberen Eindruck macht. Es gehören natürlich auch Aussenbereiche dazu, wie etwa der Friedhof oder die Erholungsgebiete. Ebenso ist der Forstbetrieb für die Bewirtschaftung des Waldes zuständig.

Wenn es um die Diskussion geht, was an private Unternehmen ausgelagert werden könnte, so muss genau überlegt werden, was sich für eine solche Privatisierung eignet. Es gibt schon bereits solche Auslagerungen, wenn ich an Teile der Schneeräumung denke oder an Gärtnereien, die zur Baumpflege herangezogen werden. Im Forstbereich gibt es ebenfalls eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, um Synergien zu nutzen und Kosten zu sparen, etwa durch den Austausch von teuren Kommunalfahrzeugen oder in Form von koordinierten Arbeitseinsätzen.

Wie stellt sich die Gemeinde Vaduz zum Projekt eines Hotelkomplexes im Städtle mit integriertem Casino?

Ein Vorprojekt ist bei der Gemeinde eingereicht worden, damit die baugesetzlichen Vorgaben überprüft werden konnten. Aus der Sicht der Gemeinde sind die baurechtlichen Voraussetzungen weitgehend so abgestimmt, dass mit dem Projekt gestartet werden könnte. Aber es geht nicht allein um die baurechtlichen Voraussetzungen, sondern auch um die Konzession für den Betrieb des Casinos, was in den Zuständigkeitsbereich des Landes fällt. Wenn das Bauvolumen und die mutmasslichen Baukosten betrachtet werden, so ist das Projekt zweifellos eine interessante Angelegenheit für das Gewerbe. Auf der anderen Seite würde auch die Gemeinde mit einem neuen Hotel im Zentrum aufgewertet, zumal der frühere «Vaduzerhof» stark an Bedeutung und Attraktivität verloren hat.

Die Gemeinde – ein mittleres Unternehmen

Eine Gemeinde ist heute ein mittleres Unternehmen, wenn die Zahl der Beschäftigten als Vergleichsgrösse herangezogen wird. Die Gemeinde Vaduz beschäftigte Ende 2007 insgesamt 119 Mitarbeiter, davon 56 Personen in Vollbeschäftigung, 40 als Teilzeitangestellte, 5 Lehrlinge, 2 Praktikanten und 3 temporäre Aushilfen. Die Bauverwaltung zählte 12 Mitarbeiter. Das Bauvolumen betrug 2007 im Hochbau 7,85 Mio. Fr. Im Tiefbau wurden 13,5 Mio. Fr. aufgewendet. Zudem werden knapp 100 Liegenschaften verwaltet, deren Unterhaltskosten bei rund 2,5 Mio. Fr. im Jahr liegen. Im Werkbetrieb sind 15 Mitarbeiter beschäftigt, im Forstbetrieb sind es 4 Forstarbeiter. Das Wasserwerk beschäftigt 4 Personen, im Abwasserbereich sind 2 Mitarbeiter tätig. Im Kirchenwesen, das derzeit noch in den Aufgabenbereich der Gemeinde fällt, sind 13 Personen beschäftigt, wovon ein Teil in Teilzeitanstellungen.

Auch wenn die Jahresrechnungen betrachtet werden, gehören die Gemeinden zu den mittleren Unternehmen in unserem Land. Die Gemeinde Vaduz wies für das Rechnungsjahr 2007 einen Aufwand von knapp 24 Mio. Fr. in der laufenden Haushaltsrechnung auf, wovon die Personalkosten 8,7 Mio. Fr. ausmachten. Die Investitionen betragen etwas über 24 Mio. Fr. In der Gesamtrechnung reichen die Ausgaben damit fast an die 50-Millionen-Marke heran.

Die Gemeinde Vaduz zählte Ende 2007 insgesamt 5233 Einwohner und 2504 Haushalte. Die Zahl der Arbeitsplätze, die vorwiegend dem Sektor der Finanzdienstleistungen und der öffentlichen Verwaltung zugerechnet werden, übersteigt die Einwohnerzahl erheblich. Derzeit werden in der Gemeinde Vaduz rund 8500 Arbeitsplätze angeboten – das sind etwa ein Viertel aller Arbeitsplätze in Liechtenstein.

Die fristlose Kündigung durch den Arbeitgeber

Der Arbeitgeber kann ein Arbeitsverhältnis bei Vorliegen eines wichtigen Grundes fristlos auflösen. Die fristlose Kündigung ist eine ausserordentliche Massnahme und als solche mit Vorsicht zu handhaben. Sie ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses für den Arbeitgeber unzumutbar wäre.

Kein arbeitsrechtliches Thema beschäftigt die Gerichte so oft wie die fristlose Kündigung (§ 1173a Art. 53 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch). Dabei geht es meist um die Klärung der Frage, ob eine fristlose Kündigung gerechtfertigt ist oder nicht. Als Grundregel gilt dabei, dass ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer derart gestört sein muss, dass die sofortige, fristlose Auflösung des Arbeitsverhältnisses als einziger Ausweg erscheint. Was als wichtiger Grund gilt hat die Rechtsprechung im Laufe der Zeit in zahlreichen Entscheidungen festgehalten:

So stellen bspw. die Begehung einer Straftat während der Anstellung - insbesondere Diebstahl oder Veruntreuung, - aber auch andere die Person des Arbeitnehmers schwer belastende Handlungen wie Sittlichkeitsdelikte einen wichtigen Grund für eine fristlose Kündigung dar. Ist Opfer der Straftat gar der Arbeitgeber selbst, so genügen im Einzelfall schon «geringfügige» Taten, wie überhöhte Spesenrechnungen, absichtlich falsches Tippen auf der Registrierkasse und Einbehaltung der Differenz, das Fälschen eines Arztzeugnisses, das Fälschen von Arbeitsrapporten oder wiederholt unkorrektes «einstempeln» um den Arbeitnehmer fristlos zu kündigen. Zu den besonders schweren Pflichtverletzungen des Arbeitnehmers zählen aber auch die Konkurrenzierung des Arbeitgebers während aufrechter Arbeitsverhältnis oder der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.

Aber auch bei anderen Unkorrektheiten am Arbeitsplatz kann eine fristlose Kündigung gerechtfertigt sein, wobei hier zu beachten ist, dass es - im Gegensatz zu den gröberen Straftaten - meist einer vorgängigen Verwarnung bedarf. Zu dieser Gruppe von wichtigen Gründen zählen bspw. regelmässig zu spätes Erscheinen am Arbeitsplatz, unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit, die simulierte Arbeitsunfähigkeit, Ferienantritt trotz klarem Verbot, die beharrliche Missachtung von Weisungen des Arbeitgebers oder auch die Weigerung, zumutbare Überstunden zu leisten. Hingegen ist zu beachten, dass eine schlechte Erfüllung der Arbeitspflicht für eine fristlose Kündigung im Regelfall noch nicht reicht.

Weder aus dem Gesetz noch aus den zahlreichen Entscheidungen der Gerichte lässt sich jedoch eine allgemeingültige Regel ableiten, wann eine Verwarnung als Voraussetzung einer späteren gerechtfertigten fristlosen Kündigung erforderlich ist und wann nicht. Im Zweifel empfiehlt es sich jedoch immer eine Verwarnung auszusprechen - am besten in Anwesenheit von Zeugen und am allerbesten schriftlich.

Ausüben des Kündigungsrechtes

Eine fristlose Kündigung ist innert angemessener Frist nach Kenntnisnahme vom Kündigungsgrund unmissverständlich und eindeutig auszusprechen. Erfolgt die fristlose Kündigung zu spät, so gehen die Gerichte von einer ordentlichen Kündigung (unter Einhaltung der Kündigungsfrist) aus. Beweispflichtig für den Kündigungsgrund ist der Arbeitgeber.

Wirkung der fristlosen Kündigung

Soweit ein Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses vorliegt und der Grund in einer schuldhaften Vertragsverletzung des Arbeitnehmers liegt,

so hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber vollen Schadenersatz zu leisten. So kann der Arbeitgeber bspw. den entgangenen Gewinn infolge Auftragsverzögerungen oder sämtliche Mehraufwendungen, die durch die notwendig gewordene Überstundenarbeit entstanden sind, vom Arbeitnehmer als Schadenersatz fordern.

War die fristlose Kündigung dagegen unbegründet, so ist das Arbeitsverhältnis trotz der rechtswidrigen Kündigung beendet. Allerdings hat der gekündigte Arbeitnehmer nebst dem Anspruch auf eine Entschädigung einen Anspruch auf Ersatz dessen, was er verdient hätte, wenn das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist beendet worden wäre. Dies bedeutet, dass ihm der Lohn so lange fortzuzahlen ist, bis das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist beendet ist. Zu beachten ist jedoch, dass sich der Arbeitnehmer alles anrechnen lassen muss, was er durch anderweitige Arbeit während dieser fiktiven Kündigungsfrist verdient oder zu verdienen absichtlich unterlassen hat.

Da die Gerichte erfahrungsgemäss eher arbeitnehmerfreundlich eingestellt sind, lohnt es sich die Verfehlungen des Arbeitnehmers einerseits genau zu dokumentieren und andererseits eine fristlose Kündigung nur dann auszusprechen, wenn hinreichende Sicherheit dafür besteht, dass sie auch tatsächlich gerechtfertigt ist.

Mag. iur. Raphael Näscher
Rechtsanwalt

RITTER & WOHLWEND

ADVOKATURBUREAU

Pflugstrasse 16, P.O.B. 731, FL-9490 Vaduz
T +423/236 55 33, F +423/236 56 11
raphael.naescher@lawfirm.li

Zukunft gemeinsam gestalten

Wir beginnen das Jahr 2009 mitten in einer weltweiten Rezession. Auf der einen Seite besteht die Hoffnung, dass 2009 eine Konjunkturwende bringt, der neue amerikanische Präsident Barack Obama einiges bewirkt und die weltweite Finanzkrise und unsere Finanzplatzkrise endlich ein Ende findet; auf der anderen Seite steht das Bangen vor einer schweren Rezession, die die Arbeitslosigkeit hochtreiben und die Probleme in der Finanzwelt weiter verschärfen könnte. Die weltweite Finanzmarktkrise und die begonnene Rezession sind nebst den Auswirkungen der Steueraffäre somit die aktuellen Herausforderungen Liechtensteins. Die Wirtschaftspolitik steht somit vor einer doppelten Herausforderung – einerseits die Finanzplatzkrise zu entschärfen, andererseits die Wachstumskraft der Wirtschaft wiederzubeleben.

Wirtschaftsminister Klaus Tschüscher hat daher am 8. Januar 2009 die liechtensteinischen Wirtschaftsverbände und den ArbeitnehmerInnenverband zu einem Wirtschaftsgipfel eingeladen. Als Experte wurde Peter Eisenhut, welcher die Wirtschaftstudie Liechtenstein 2008 verfasst hat, beigezogen. In einer offenen Diskussion ging es darum, rechtzeitig festzustellen, in welcher Situation sich der Wirtschaftsplatz Liechtenstein aktuell befindet. Die liechtensteinische Wirtschaft und in der Folge der ganze Wirtschaftsstandort werden sich aufgrund der starken Exportabhängigkeit Liechtensteins der weltweiten Rezession nicht entziehen können. In einer ersten Runde haben sich die Verbände und das Ressort Wirtschaft mit den verschiedenen Amtsstellen über die zu erwartenden Entwicklungen über das gesamte Jahr 2009 ausgetauscht. Ziel ist es, frühzeitig das Ausmass der Rezession zu erkennen

und im Bedarfsfall abgestimmte und wirksame Massnahmen gegen den Konjunkturabschwung zu setzen. Die momentane Situation auf dem Arbeitsmarkt wurde aufgrund der vorliegenden Daten als stabil eingeschätzt; die Entwicklung wird aber weiterhin intensiv beobachtet.

Wirtschaftsprognosen

Die Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2009 sind für Europa und die Weltwirtschaft schlecht. Der Druck auf die Staaten, verstärkt gegen die Rezession anzukämpfen, nimmt daher zu. Einzelne Staaten haben Massnahmenpakete oder Konjunkturprogramme in Aussicht gestellt bzw. bereits beschlossen. Die Wirksamkeit staatlicher Konjunkturprogramme ist jedoch umstritten. Selbst in Krisenzeiten sind staatliche Interventionen bei der Wirtschaft nicht unbedingt willkommen. Viele Experten halten an der Überzeugung fest, dass der Staat für Rahmenbedingungen sorgen muss, die ein langfristiges Wachstum ermöglichen; kurzfristig wirksame Konjunkturprogramme verzögern nur die Entwicklung, helfen aber nicht gegen den Abschwung. In einem Interview hat Wirtschaftsminister Klaus Tschüscher bekräftigt, dass es gelingen muss, nur Massnahmen in Kraft zu setzen, die sowohl die Folgen der Rezession dämpfen als auch das Wachstum stützen und wieder ankurbeln. Daran arbeitet das Ressort Wirtschaft in engem Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden. Ziel ist es, durch Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Rezession zu trotzen und gleichzeitig langfristig die Basis für ein gesundes Wirtschaftswachstum zu setzen.

Wirtschaftsstudie 2008

Gemäss der «Wirtschaftsstudie Liechtenstein 2008» und anderen Studien ist Liechtenstein grundsätzlich solide aufgestellt. Dies dank einer breit diversifizierten Volks-

wirtschaft mit den drei Säulen Industrie, Finanzplatz und Gewerbe. Daneben zeigt die Wirtschaftsstudie aber auch zwei Entwicklungen, die ernst zu nehmen sind. Es muss erstens zur Kenntnis genommen werden, dass das Wachstum der letzten Jahre in Liechtenstein vor allem von einer starken Beschäftigungszunahme geprägt war, nicht aber von einer Steigerung der Arbeitsproduktivität. Und zweitens zeigt die Studie, dass der Staat bei uns seit 2000 stärker gewachsen ist als die Wirtschaft. Diese beiden Entwicklungen schwächen den Wirtschaftsstandort.

Rahmenbedingungen

Jeder Staat ist für die Rahmenbedingungen seines Wirtschaftsstandortes verantwortlich. Dies gilt in allen zyklischen Wirtschaftszeiten – im Aufschwung wie im Abschwung. Grundsätzlich braucht ein nachhaltig qualitatives Wachstum der Wirtschaft einerseits ein international anerkanntes Steuersystem sowie andererseits Talente und Fachkräfte. Dabei ist auf den Faktor Wissen, der einzige liechtensteinische Rohstoff, zu setzen. Entsprechend hat die laufende Bildungsreform eine grosse Bedeutung für die Zukunft des Landes. Die Bildung und die Wirtschaft müssen in den Bedürfnissen aufeinander optimal abgestimmt sein. In Ergänzung dazu muss sich in Zukunft die Zuwanderungspolitik noch stärker an den Bedürfnissen des Wirtschaftsstandorts orientieren.

Handlungsfelder

Der Haushalt Liechtensteins wird künftig klar mehr Finanzdisziplin brauchen. Die Ausgaben des Staates sind in den letzten Jahren konstant und kräftig angestiegen, während die Einnahmen grossen Schwankungen unterliegen. Zudem sind nachhaltige Perspektiven für die langfristige Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts zu entwickeln. Aus diesem Grund hat Wirt-

schaftsminister Klaus Tschüscher bereits vor zwei Jahren mit dem Wirtschafts-Cockpit einen strukturierten Prozess zur Erarbeitung einer langfristigen und nachhaltigen Gesamtvision für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein gestartet. Eine Gesamtvision, die sich auf die nächsten 10 bis 20 Jahre ausrichtet und vor allem auch die Anliegen der Industrie und des Gewerbes in gleichem Masse erfasst. Das Ressort Wirtschaft hat im Frühsommer 2008 zusammen mit den Verantwortlichen der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) und der Wirtschaftskammer Liechtenstein (WKL) einen Fahrplan entwickelt, um zielgerichtet die Anforderungen an die Vision und Strategie des Gewerbebestands und des Industriestandorts zu erarbeiten und eindeutige Massnahmen samt Umsetzungsplanung zu formulieren. Dieser Prozess wurde in Zusammenarbeit mit der Industrie- und der Wirtschaftskammer im Dezember 2008 zum Abschluss gebracht.

Gesamtvision Wirtschaft Liechtenstein

Bei der Gesamtvision Wirtschaft Liechtenstein geht es um das zentrale Anliegen, wie der Wirtschaftsstandort ausgestaltet werden soll. Dabei ist es wichtig, Kontinuität, Stabilität und Berechenbarkeit in den Prozess zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen zu bringen. Das Ziel der Regierung, zusammen mit den Verbänden und Interessenvertretern eine von allen getragene, gesamtwirtschaftliche Zukunftsvision für unser Land zu erarbeiten, ist in greifbare Nähe gerückt. Die Vision für den Gewerbebestand sowie diejenige für den Industriestandort sollen nun im Rahmen des Wirtschafts-Cockpits mit dem «Projekt Futuro», in dessen Rahmen erste Schritte für eine Vision für den Finanzdienstleistungsplatz Liechtenstein ausgearbeitet wurden, zu einer in sich stimmigen Gesamtvision für den ganzen Wirtschaftsplatz zusammengeführt werden. «Diese langfristig angelegte und nachhaltig wirkende gesamtwirtschaftliche Vision wird die Grundlage für ein ganzheitliches Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und



Klaus Tschüscher

sozialer Stabilität für Liechtenstein sein. Denn nur eine gesunde Wirtschaft mit innovativen Ideen sichert auf lange Sicht Arbeitsplätze, Wohlfahrt und ein funktionierendes soziales Netz», so Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Klaus Tschüscher in einem kürzlich erschienenen Interview. Die Gesamtvision muss in einer vertrauensvollen Partnerschaft zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft münden, welche im Ergebnis einen stabilen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort bringt.

Wirtschafts-Cockpit

Bei der öffentlichen Präsentation der «Wirtschaftsstudie Liechtenstein 2008» hat Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher das Wirtschafts-Cockpit für eine langfristige und nachhaltige Gesamtvision für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein vorgestellt. Denn mit der Wirtschaftsstudie und den Grundlagenarbeiten zur nationalen wie regionalen Innovationspolitik und High-Tech-Forschung, der Studie zum Wissenschaftsstandort Liechtenstein, dem Projekt «perspektive 11eins» zur koordinierten Wirtschaftsförderung zwischen Land und Gemeinden sowie einer gross angelegten Unternehmensbefragung (KMU-Studie) wurden die Stärken und Schwächen eruiert sowie Handlungsfelder und Potentiale definiert. Unter Einbezug aller Branchen und Verbände will Wirtschaftsminister Klaus Tschüscher nun die Strategie Werkplatz erarbeiten, um so ein ganzheitliches Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität für Liechtenstein zu erhalten. Der Erfolg der Aktivitäten soll zudem inskünftig messbar, d.h. einer objektiven Wirkungskontrolle mit nachvollziehbaren und effizienten Indikatoren unterzogen werden.



Wirtschafts-Cockpit

Eveline Widmer-Schlumpf am Businessstag

Das zweite Wirtschaftsforum für Frauen im Rheintal glänzt mit hochkarätigen Referentinnen.

Die Schweizer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die Top-Unternehmerinnen Barbara Rigassi und Heliane Canepa sowie Mona Vetsch sind die Aushängeschilder des zweiten Businessstags in Vaduz. Tickets sind ab sofort erhältlich.

Die Premiere des Businessstags im Frühjahr 2008 fand vor ausverkauftem Haus mit 550 Gästen statt. Auch die zweite Auflage am 16. Februar 2009 bietet ein hochkarätiges Programm. Referentin Eveline Widmer-Schlumpf ist seit dem 1. Januar 2008 Bundesrätin und steht dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement vor. Die Rechtsanwältin prägt derzeit die politische Landkarte der Schweiz wie kaum eine andere Politikerin. Erstmals für Aufsehen hatte Eveline Widmer-Schlumpf im Jahre 1998 gesorgt: Damals wurde die Bündnerin als erste Frau in den Regierungsrat des Kantons Graubünden gewählt.

Top-Unternehmerinnen als Referentinnen

Zwei Top-Unternehmerinnen geben indes Einblick in ihre Erfolgsgeschichten. Heliane Canepa war von 2001 bis 2007 CEO der weltweit tätigen Nobel Biocare Gruppe. Vor zwei Jahren erhielt die gebürtige Vorarlbergerin den Swiss Award für Wirtschaft, 1995 und 2000 wurde sie zudem zur Schweizer Unternehmerin des Jahres gewählt.

Barbara Rigassi ist Partnerin beim Consulting- und Strategieunternehmen BHP Brugger und Partner in Zürich. 2007 gründete sie zusammen mit einer Partnerin das Netzwerk «Get Diversity», welches Unternehmen und Organisationen bei der Suche nach Frauen in Aufsichtsgremien unterstützt.

Mona Vetsch ist Moderatorin

Erstmals moderiert wird der Businessstag von der bekannten Fernseh- und Radiomoderatorin Mona Vetsch. Ein interessantes Podiumsgespräch zählt ebenso zum Programm: Claudia Spadacini, ab 2009 Niederlassungsleiter der St. Galler Kantonalbank in Sargans, Carmen Dahl, ab 2009 Marketing- sowie Kommunikationsschefin und Geschäftsleitungsmitglied der Kaiser Ritter Partner Gruppe sowie Karin Frick, Mitglied der Geschäftsleitung des GDI in Zürich, diskutieren unter der Leitung von Mona Vetsch.

Regierung ist Trägerin

Trägerin des Businessstags ist die Regierung Liechtensteins, Gastgeberin die Gemeinde Vaduz. Als Hauptsponsor konnte die Euro Treuhand AG gewonnen werden. Ebenfalls unterstützen die Sponsoren Hilti AG und die Garage Weilenmann AG den Businessstag, ebenso wie zahlreiche Kooperations-, Dienstleistungs- und Wissenspartnerinnen. Die Wirtschaftskammer Liechtenstein ist als Kooperationspartnerin mit an Bord.

«Das Programm soll von der Studentin über die Managerin und Unternehmerin bis hin zu allen wirtschaftsinteressierten Frauen und Männern anregende Impulse und spannende Kontakte bieten», heisst es von den Veranstaltern Nina Schwarzkopf-Hilti von Boja 19 und Markus Goop, Eventagentur Skunk AG.

Unter www.businessstag.li sind Tickets und detaillierte Informationen über den Businessstag erhältlich. Dieser findet am 16. Februar 2009, um 16 Uhr im Vaduzer Saal statt.



Eveline Widmer-Schlumpf



Barbara Rigassi



Heliane Canepa



Mona Vetsch

Sozialversicherungsbeiträge 2009

Kurz und bündig zusammengefasst finden unsere Leser nachstehend die aktuellen Beitragssätze für die Sozialversicherungen und die Lohnsteuerabzüge für das

Jahr 2009. Weitere Informationen finden Sie auch auf dem Internetportal der Liechtensteinischen Landesverwaltung.

| | Arbeitgeberanteil | Arbeitnehmeranteil |
|---|--|---|
| Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) | 3.80% | 3.80% |
| Invalidenversicherung (IV) | 0.75% | 0.75% |
| Familienausgleichskasse (FAK) | 2.10% | – |
| Verwaltungskosten AHV-/IV- und FAK-Beiträge | 0.4032% | – |
| Arbeitslosenversicherung (ALV) | 0.25% | 0.25% |
| Krankenversicherung - obligatorische Pflegeversicherung für Erwachsene für Jugendliche (16–20 Jahre) - obligatorische Taggeldversicherung | CHF 115.50 CHF 57.75 Hälfte der Beiträge | – Hälfte der Beiträge |
| Berufsunfallversicherung (BU) | Branchenabhängige Beitragssätze | – |
| Nichtberufsunfallversicherung (NBU) | – | Je nach Versicherung bis 1.01% (Lohnhöchstgrenze CHF 126'000.–) |
| Betriebliche Personalvorsorge | - 4.00% Sparen - Risiko - Verwaltungskosten | - 4.00% Sparen - Risiko - Verwaltungskosten |
| Lohnsteuer - in Liechtenstein wohnhaft - Österreichische Grenzgänger - kurzfristiger Aufenthalter - Gagen von Musikern mit Aufenthaltsbewilligung | – – – – | 4.00% bis 14.00% 4.00% (Quellensteuer) 6.00% 6.00% |

Kursangebot Frühling 2009

Eine Kooperation zwischen dem Beruflichen Weiterbildungsinstitut im Fürstentum Liechtenstein und der Erwachsenenbildung Stein Egerta.

Personalversicherung in Liechtenstein

Referentin: Sandra Mehli, Vilters

Datum und Zeit: Mittwoch 4. März 2009 von 8 bis 12 Uhr und 13.30 bis 17.30 Uhr

Kosten: CHF 280.– Mitglieder der Wirtschaftskammer Liechtenstein CHF 210.–

Steuererklärung für natürliche Personen – Rechtslage und Praxis

Referent: Max Gross, Triesen

Datum und Zeit: Dienstag, 10. März 2009 von 8 bis 12 Uhr und 13.30 bis 17.30 Uhr

Kosten: CHF 280.– Mitglieder der Wirtschaftskammer Liechtenstein CHF 210.–

Betriebliches

Gesundheitsmanagement

Referent: Dr. Christian Frenck, Frenck Personalsysteme, Bendern

Datum und Zeit: Freitag, 13. März 2009 von 8 bis 12 Uhr und 13.30 bis 17.30 Uhr

Kosten: CHF 280.– Mitglieder der Wirtschaftskammer Liechtenstein CHF 210.–

FL Arbeitsrecht – von der Bewerbung bis zum Abschluss des Arbeitsvertrages

Referent: Mag. iur. Karlheinz Konrad, Batliner und Konrad Rechtsanwälte, Vaduz

Datum und Zeit: Dienstag, 24. März 2009 von 13.30 bis 17.30 Uhr

Kosten: CHF 160.– Mitglieder der Wirtschaftskammer Liechtenstein CHF 120.–

Einkäufer/in – bestellen kann jeder, einkaufen nur wenige

Referent: Ausgewiesene Praktiker aus Materialwirtschaft und Einkauf, SVME, Aarau

Datum und Zeit: Mittwoch, 25. März 2009 von 8.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr

Kosten: CHF 525.– Mitglieder SVME oder Wirtschaftskammer Liechtenstein CHF 425.–

Unser Artikel steht in der Zeitung

Referentinnen: Alexandra Ospelt, Arcus Communications, Triesen und Claudia Schneebecker, Change Step Communications, Frankfurt

Datum und Zeit: Donnerstag, 26. März 2009 von 8 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr

Kosten: CHF 420.– Mitglieder SVME oder Wirtschaftskammer Liechtenstein CHF 350.–

Ort: Marvo Engineering AG, Balzers

Neuer Referent für die Gefahrgutausbildungen



Das BWI konnte mit Gerd Schöffmann einen neuen Referenten für die Gefahrgutausbildungen gewinnen.

Gerd Schöffmann ist Polizeibeamter beim Landespolizeikommando in Vorarlberg und hat sich während mehreren Jahren sämtliche Ausbildungen im Gefahrgutbereich angeeignet, um als Referent tätig sein zu können.

Karl Locker stellt sich als Stellvertretung für Gerd Schöffmann zur Verfügung. Karl Locker ist bereits seit Jahrzehnten Referent im Gefahrgutbereich und gilt als Chorophae auf diesem Gebiet.

Unternehmerforum im Zillertal

Wie jedes Jahr findet auch 2009 das Unternehmerforum im Zillertal statt. Das Seminar wendet sich an Führungskräfte in KMU Betrieben und an Personen, die an einer verantwortungsvollen Position arbeiten.

Sie erhalten für den Umgang mit Kunden und Mitarbeitern nützliche und praxisorientierte Impulse und lernen, wie diese im eigenen Betrieb umgesetzt werden können.

Datum und Zeit: Donnerstag, 26. März 2009 bis Samstag, 28. März 2009

Kosten: CHF 870.– pro Person inkl. Rahmenprogramm, Übernachtung, Vollpension und Benutzung der Wellnessanlage

Ort: Wellness-Hotel Theresa, Zell im Zillertal

Eine detaillierte Übersicht über unser Kursangebot finden Sie unter www.kurse.li



Berufliches Weiterbildungsinstitut
im Fürstentum Liechtenstein
Zollstrasse 23, 9494 Schaan
Tel. +423 235 00 60, Fax +423 235 00 69
s.kieber@kurse.li, www.kurse.li

Wirtschaftskrise? Das war mal!

Weltweit ist von Wirtschaftskrise und deshalb von Kurzarbeit und steigenden Arbeitslosenzahlen zu hören und zu lesen. Konjunkturprogramme und somit antizyklisches Verhalten der Staaten gelten als Nonplusultra, um die Folgen der Rezession abzuschwächen. Auch unser Land blieb nicht untätig und fand nun einen Weg, den Anstieg an Arbeitslosigkeit zu minimieren. Man begegnet dieser Entwicklung mit der Erhöhung des Personalbestandes der Finanzmarktaufsicht (FMA). Geplant war, den Personalbestand bei der FMA auf 90 Personen und somit auf 10 % aller Staatsangestellten zu erhöhen. Zwar war der Landtag mit der damit einhergehenden Erhöhung des Budgets der FMA von CHF 3.9 Mio. auf CHF 15.8 Mio. nicht ganz einverstanden, doch für eine grosse Reduktion konnten sich unsere Parlamentarier bei diesem Budgetposten nicht erwärmen, so dass diese

Grössenordnung an Angestellten fast erreicht werden dürfte. Das nenne ich doch ein ideales, mit Einfallsreichtum gespicktes Konjunkturprogramm. Die Frage ist nun, ob es bei der FMA genügend Arbeit für so viel Personal gibt. Schliesslich ist der Aufgabenbereich per Gesetz vorgegeben. Dort kann in Art. 4 nachgelesen werden: «Die FMA sorgt für die Gewährleistung der Stabilität des Finanzmarktes Liechtenstein, den Schutz der Kunden, die Vermeidung von Missbräuchen sowie die Umsetzung und Einhaltung anerkannter internationaler Standards.» Also ein sehr gutes Instrument für einen sauberen Finanzplatz. Doch leider ist unser Finanzplatz nicht so verschmutzt, um so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit genügend Arbeit einzudecken. Also wird man erfinderisch. Man torpediert gewisse Gewerbebereiche mit neuen Auflagen und Restriktionen, welche nicht nur

mehr Bürokratie, sondern auch zu einem Abbau an Dienstleistungsangeboten führen. So wurde beispielsweise den Autoverkäufern mehr oder weniger untersagt, in Zukunft für ihre Kunden, die ein Auto kaufen möchten, Offerten bei Versicherungen einzuholen. Das sollen die Autokäufer in Zukunft gefälligst selber machen. Das passt doch zur Vision im Leitbild der FMA. Dort steht: «Damit leisten wir einen Beitrag zu Wettbewerbsfähigkeit und Ansehen des Finanzmarktes und somit zum Wohle des Landes Liechtenstein.» Bei so viel Aktivismus mach ich mir um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wohl unseres Landes keine Sorge mehr. Wirtschaftskrise? Das war mal!



Ihr Gwerbler
gwerbler@wirtschaftskammer.li

Diplomübergabe



Die Nachfrage und der Bedarf an Weiterbildung im Bereich MWST ist gross. Der Verband Liechtensteiner Buchhalter, kurz VLB, hat sich deshalb entschlossen, adäquate Schulungen und Weiterbildungen in Liechtenstein zu organisieren und anzubieten.

Aus diesem Grund wurde der Kurs MWST mit Zertifikatsprüfung letztes Jahr in das Weiterbildungsprogramm des VLB aufgenommen und konnte in diesem Jahr bereits ein zweites Mal durchgeführt werden. Nach Abnahme der anspruchsvollen Prüfung freut sich das für den Kurs verantwortliche Vortandsmitglied des VLB, Fredi Frei das Zertifikat an die erfolgreichen Teilnehmer zu überreichen.

Neumitglieder

wirtschaftskammer.lichtenstein
für gewerbe, handel und dienstleistung



**Print-Profil AG,
Schaanwald**

Öffentliche Arbeitsvergaben

Arbeitsvergaben durch das Land

Landseitiger Unterhaltsweg Rheindamm, Abschnitt Vaduz

- Bagger- und Transportarbeiten, ARGE M. Goop / E. Büchel, Schellenberg / Ruggell, zum Offertpreis von CHF 90'919.60 inkl. MwSt.

Engländergebäude Vaduz

- Auswechslung des Wärmereizers und der Heizungssteuerung, Jakob Nutt AG, Schaan, zum Offertpreis von CHF 53'174.25 inkl. MwSt.

Essanestrasse Eschen, Eintracht- kreisel bis Prestakreisel, Teil 2

- Bepflanzungsarbeiten, Pro Natura AG, Eschen, zum Offertpreis von CHF 51'214.70 inkl. MwSt.

Binnenkanal Triesen, Bauprojekt «Hochwasserschutz Kanalweg»

- Belagsarbeiten, W. Büchel AG, Benden, zum Offertpreis von CHF 53'938.60 inkl. MwSt.

Landstrasse Schaan-Benden, Bereich Ospelt AG

- Baumeisterarbeiten, Wilhelm Büchel AG, Benden, zum Offertpreis von CHF 370'432.40 (Anteil Land) inkl. MwSt.

Landstrasse Schaan-Benden, Bereich Ospelt AG

- Belagsarbeiten, Gebr. Hilti AG, Schaan, zum Offertpreis von CHF 196'903.20 (Anteil Land) inkl. MwSt.

Landstrasse Schaan-Benden, Bereich Ospelt AG

- Pflasterungsarbeiten, Gebr. Frick AG, Schaan, zum Offertpreis von CHF 54'553.60 (Anteil Land) inkl. MwSt.

Sägerei Nendeln

- Abbrucharbeiten, Arbeitsgemeinschaft Sele/Wohlwend, Nendeln, zum Offertpreis von CHF 105'197.10 inkl. MwSt.

Renaturierung Binnenkanal, Bereich südlich Lettensteg Ruggell

- Erd- und Transportarbeiten, ARGE Sele/Wohlwend, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 101'789.60 inkl. MwSt.

Leerung Schlammsammler Bad- tabelrüfe inkl. Auflandung Heilos, Gemeinde Triesen

- Bagger- und Transportarbeiten, Eberle Transport AG, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 105'826.75 inkl. MwSt.

Hochwasserrückhalteraum Triesen, Dammschüttung

- Bagger- und Transportarbeiten, Eberle Transport AG, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 290'836.75 inkl. MwSt.

Ruggell

Schliessanlage Rathaus

- Oehri Eisenwaren AG, Vaduz, zum Offertpreis von CHF 26'373.10 inkl. MwSt.

Erweiterung der Bühnenbeleuchtung in der Aula der Primarschule

- Ender Elektrik AG, Ruggell, zum Offertpreis von CHF 4398.90 inkl. MwSt.
- Bühnenbeleuchtung – Eberhard-Bühnen, Ebnat-Kappel, zum Offertpreis von CHF 6'335.90 inkl. MwSt.

Zaunerhöhung Ostseite des Hauptspielfeldes im Freizeitpark Widau

- Bauleitung, SJB Kempter Fitze, Herisau, zum Offertpreis von CHF 2'500.00 inkl. MwSt.
- Goop Metallschlosserei, Schellenberg, zum Offertpreis von CHF 9'562.50 inkl. MwSt.
- Montage und Lieferung Netze, Silisport AG, Turbenthal, zum Offertpreis von CHF 2'840.90 inkl. MwSt.

Anschaffung Geschwindigkeitsinformationssystem

- Taxomex AG, Zürich, zum Offertpreis von CHF 9'955.70 inkl. MwSt.

Schaan

Neubau Minigolfgebäude, Schaanerstrasse

- Abbrüche und Entsorgung (Gebäude), Toldo AG, Schaan, zum Offertpreis von CHF 15'064.00 inkl. MwSt.
- Baumeisterarbeiten, ARGE Ospelt/Gassner Bau, Vaduz, zum Offertpreis von CHF 146'931.25 inkl. MwSt.
- Fassadengerüstungen, Roman Hermann, Schaan, zum Offertpreis von CHF 13'287.05 inkl. MwSt.
- Montagebau in Holzbau (Elementbau), Holzbauwerke Kindle Etabl., Triesen, zum Offertpreis von CHF 212'036.25 inkl. MwSt.
- Fenster- und Aussentüren in Aluminium, Bauelemente AG Otto Hilti, Schaan, zum Offertpreis von CHF 85'664.75 inkl. MwSt.
- Flachdach-, Spengler- und Blitzschutzarbeiten, Spenglerei Biedermann AG, Vaduz, zum Offertpreis von CHF 60'613.20 inkl. MwSt.
- Elektroanlagen (inkl. Beleuchtung), Inelectra AG, Eschen, zum Offertpreis von CHF 67'162.05 inkl. MwSt.
- Heizungsanlagen, A.Vogt AG, Vaduz, zum Offertpreis von CHF 23'431.55 inkl. MwSt.
- Sanitäranlagen, Büchel AG, Vaduz, zum Offertpreis von CHF 46'218.60 inkl. MwSt.

Triesenberg

Wohnüberbauung Samina

- Liftanlagen, Otis AG, St.Gallen, zum Offertpreis von CHF 114'056.00 inkl. MwSt.

Revision u. Gesamtreinigung der Orgel in der Pfarrkirche St. Josef

- Gebr. Mayer, Feldkirch, zum Offertpreis von CHF 42'878.60 inkl. MwSt.

Strassensanierung Hofi-Gärbi

- Baumeisterarbeiten, Bühler Bauunternehmung AG, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 150'911.95 inkl. MwSt.

- Pflasterungsarbeiten, Bühler Bauunternehmung AG, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 37'939.40 inkl. MwSt.
- Belagsarbeiten, Bühler Bauunternehmung AG, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 57'879.40 inkl. MwSt.
- Rohrbauarbeiten, Büchler Schlosserei, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 29'257.30 inkl. MwSt.

Erschliessungsstrasse Studa

- Belagsarbeiten, Bühler Bauunternehmung AG, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 55'000.00 inkl. MwSt.

Belagerneuerung Profatschen- gerstrasse

- Foser AG, Balzers, zum Offertpreis von CHF 28'000.00 inkl. MwSt.

Neubau Reservoir Färchanegg

- Rohre und Armaturen, Markus Beck Anstalt, Triesenberg, zum Offertpreis von CHF 30'740.10 inkl. MwSt.
- Steuerung, Züllig AG, Rheineck, zum Offertpreis von CHF 21'756.95 inkl. MwSt.

Vaduz

Neubau Wasser- und Abwasserwerk, Vaduz

- Fassadenbau (Fiberglas), Eberle Gebäudehülle AG, Schaan, zum Offertpreis von CHF 488'383.45 inkl. MwSt.
- Fenster aus Holz / Metall, Vogt Anton Schreinerei AG, Balzers, zum Offertpreis von CHF 40'203.90 inkl. MwSt.
- Aussentüren aus Metall, Fenometal AG, Schaan, zum Offertpreis von CHF 24'669.85 inkl. MwSt.
- Raffstoren, Griesser AG, Schaan, zum Offertpreis von CHF 4'869.70 inkl. MwSt.
- Verputzarbeiten (innere), Roman Hermann, Schaan, zum Offertpreis von CHF 100'056.75 inkl. MwSt.